

## Zur Person

Geboren wurde ich am 18. Juni 1975 in Schwedt/Oder. Aufgewachsen bin ich in Angermünde. Dort besuchte ich die POS und dann das Gymnasium. Die Abiturzeit war prägend für mich. In dieser Zeit begann mein politisches Engagement im Schülerrat.

Seit Anfang der 90er Jahre war ich Mitglied der AG »Junge GenossInnen« in und bei der PDS und engagierte mich ebenfalls in einem selbstorganisierten Jugendprojekt.

Im Jahr 2000 legte ich mein Diplom in Sozialpädagogik an der TU Berlin ab.

Seit 1997 bin ich Mitglied der PDS, der heutigen Partei DIE LINKE. Elf Jahre lang wirkte ich im Landesvorstand des Landesverbandes Brandenburg mit. Ich habe ein Mandat im Kreistag Havelland und bin die Vorsitzende der Rathenower Stadtverordnetenversammlung.

Seit 2004 bin ich verheiratet und Mutter von zwei Kindern.

Seit September 2005 mache ich mich als kinder- und jugendpolitische Sprecherin im Deutschen Bundestag für die Rechte von Kindern und Jugendlichen und gegen Kinderarmut in Deutschland stark.

## Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 27. September 2009 wird der 17. Deutsche Bundestag gewählt. Ich kandidiere, weil ich mich für die Menschen in Brandenburg stark machen möchte. Ich bin hier geboren und aufgewachsen. Mit meiner Familie lebe und arbeite ich gerne in Brandenburg – auch fernab der Bundeshauptstadt Berlin. Ich bringe mich im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung aktiv in die Geschenisse vor Ort ein.

Im Bundestag kämpfe ich gegen Kinderarmut und für die Rechte von Kindern. Dafür will ich weiter eintreten und bitte Sie deshalb um Ihre Stimme.

Ihre



DIE LINKE, Diana Golze  
Märkischer Platz 2  
14712 Rathenow  
Telefon: 0 33 85/49 45 21  
Fax: 0 33 85/49 45 22  
diana.golze@bundestag.de  
www.diana-golze.de



# Diana Golze

Damit es im Land  
gerecht zugeht.

**DIE LINKE.**

## Eine starke LINKE für ein soziales Land

Viele Menschen sorgen sich zu Recht um ihre Zukunft, um die ihrer Familien, ihrer Kinder und Enkelkinder. DIE LINKE nimmt diese Ängste ernst.

Sie vertritt die Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden, Rentnerinnen und Rentnern. CDU, CSU und SPD hingegen haben die Reichen begünstigt und den Spekulanten Tür und Tor geöffnet. Mitten in der Krise überweisen sie Steuermilliarden ohne Gegenleistung an die Großbanken. Nach der Wahl werden sie den Menschen die Rechnung präsentieren.

Der Staat muss in der Krise energisch handeln. Aber in wessen Interesse? Als einzige Partei sagt DIE LINKE: Hilfgelder für Banken und Unternehmen dürfen keine Geschenke an Aktionäre sein. Wenn Geld fließt, müssen im Gegenzug Anteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften entstehen.

Die Krisenlasten müssen gerecht finanziert werden: mit Steuern für Millionäre, auf hohe Vermögen, große Erbschaften und auf Börsenumsätze.

DIE LINKE will Hartz IV abschaffen. Höhere Regelsätze sofort und dann endlich eine gerechte Grundsicherung. Wir wollen keine Hungerlöhne, sondern einen gesetzlichen Mindestlohn, der in den kommenden vier Jahren auf zehn Euro steigen soll. Wir sind gegen die Rente erst ab 67 und für eine verlässliche Alterssicherung. Wir wollen keine Zweiklassen-Medizin. Deutschland braucht eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamte, Politikerinnen und Politiker.

Die Regierungen Schröder und Merkel haben den privaten Reichtum gefördert und die öffentliche Infrastruktur verkommen lassen. Diese Fehlentwicklung wollen wir korrigieren. In der Kinderbetreuung und in der Bildung, bei der Pflege und bei sozialen Dienstleistungen gibt es großen Bedarf. Verkehrssysteme und Energiewirtschaft müssen ökologisch umgebaut werden. Öffentliche Investitionen sind das wirksamste Mittel gegen die Krise, und sie sichern gleichzeitig unsere Zukunft.

Mit 100 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Investitionen und Ausgaben können bis zu zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

### **Am 27. September haben Sie die Wahl:**

- Milliarden für Banken und Finanzaie. Oder für Arbeitsplätze und Einkommen.
- Noch mehr Bereicherung oben und Armut unten. Oder mehr soziale Gerechtigkeit.
- Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner belasten. Oder Millionäre zur Kasse bitten.
- Schulen verkommen lassen. Oder gute und gebührenfreie Bildung für alle.
- Preistreiberei durch Energiekonzerne und Umweltbelastung. Oder sozial-ökologischer Umbau.
- In Afghanistan Krieg führen. Oder zurück zu einer friedlichen Außenpolitik.

Soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Gesellschaft sind finanzierbar. Man muss nur den Mut haben, für die Mehrheit der Menschen Politik zu machen.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Krieg und Ungerechtigkeit, für eine lebenswerte Zukunft. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.